



Liebe Leserinnen und Leser,

Bremen ist "city of space" – wir sind der führende deutsche Luft- und Raumfahrtstandort. In 160 Unternehmen und Forschungseinrichtungen arbeiten 12.000 Beschäftigte und erwirtschaften einen Umsatz von vier Milliarden Euro. Ab kommenden Montag ist Bremen bis zum 5. Oktober bereits zum zweiten Mal Gastgeberin des jährlich stattfindenden International Astronautical Congresses IAC. Ich freue mich sehr, dass wir 4.000 Fachleute aus aller Welt hier bei uns an der Weser begrüßen können. Ein besonderes Highlight hält der IAC am 3. Oktober bereit: Dann nämlich sind alle Bremerinnen und Bremer anlässlich der Live-Schalte zur Raumfahrtstation ISS auf dem "Public Day" in die Messe Bremen eingeladen.

Politisch war ich für Bremen auch in diesem Monat wieder viel unterwegs: In Israel habe ich mit dem Bürgermeister unserer Partnerstadt Haifa gesprochen und die arabische Gemeinde Tamra besucht. In Berlin konnte ich bei einem Treffen mit dem Parlamentspräsidenten Namibias unsere guten Gespräche der Afrikareise vom Juni fortsetzen. Darüber hinaus hat in dieser Woche aber vor allem auch die Kommission "Gleichwertige Lebensverhältnisse" in Berlin ihre Arbeit aufgenommen. Sie soll konkrete Vorschläge machen, wie alle Bürgerinnen und Bürger in Deutschland - unabhängig von ihrem Wohnort - faire Chancen auf echte Teilhabe erlangen können.

Stichwort Zukunft: Ich freue mich sehr darauf, dass die vom Senat ins Leben gerufene Zukunftskommission Mitte Oktober ihre Ideen für Bremen und Bremerhaven öffentlich vorstellen wird. Die Ergebnisse der Kommission werden auch hier in einem der nächsten Newsletter vorgestellt werden.

Ihr
Carsten Sieling

Bürgermeister Carsten Sieling
Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen

In dieser Ausgabe

- Stadtstaaten bleiben sichere Häfen für Flüchtlinge.....2
- Internationale Raumfahrt zu Gast in Bremen - IAC startet am 01. Oktober.....2
- Bezahlbares Wohnen für Alle! Druck auf die Wohnungsmärkte erfordert regionale Zusammenarbeit3
- Bremen fördert die Mitwirkung von jungen Menschen4
- Bremer Senat und ver.di unterzeichnen „Bremer Erklärung für gute Arbeit in Kitas“.....5
- Mahnmahl am Bunker Valentin soll für die Zukunft nachdenklich machen.....7
- Domsheide neu denken und gestalten.....8
- E-Day - Erste Messe für Elektroautos in Blumenthal.....8
- Interview mit dem Weser Kurier: „Weiter konzentriert für Bremen und Bremerhaven arbeiten“.....9
- 125 Jahre ESPABAU.....12
- Bremer Erklärung zur fairen Beschäftigung bekräftigt und konkretisiert.....12
- Generalkonsul von Indonesien zum Antrittsbesuch im Rathaus14
- Ausgrabung am Zwangsarbeiterlager Schützenhof.....14
- Tag des offenen Denkmals.....15
- So geht Zukunft! - Baubeginn im Stiftungsdorf Ellener Hof.....15
- Sechste Bremer Integrationswoche.....17
- 40 Jahre Berufsbildungswerk19
- Impressum.....19

Stadtstaaten bleiben sichere Häfen für Flüchtlinge

26.09.2018

Gemeinsame Erklärung der Bürgermeister von Berlin, Bremen und Hamburg zur Seenotrettung

"Viele Menschen, die vor Krieg und Verfolgung fliehen, riskieren ihr Leben, indem sie gefährliche Routen über das Meer nehmen. Es ist unsere gemeinsame humanitäre Pflicht, alles zu tun, um Menschen vor dem Ertrinken zu bewahren, Flüchtlingsschiffe in sichere Häfen zu bringen und Flüchtlinge nach den Regeln des europäischen und nationalen Asylrechts in Europa aufzunehmen. Die Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen sind in den letzten Jahren zu sicheren Häfen für über 150.000 Flüchtlinge geworden, die wir mit großer Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger

aufnehmen, versorgen und integrieren. Wir werden uns weiterhin engagiert an der Versorgung und Integration von Flüchtlingen beteiligen, die nach den Abkommen und Vereinbarungen der Bundesregierung mit den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union in Deutschland aufgenommen werden."

Carsten Sieling

Bürgermeister und Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen

Michael Müller

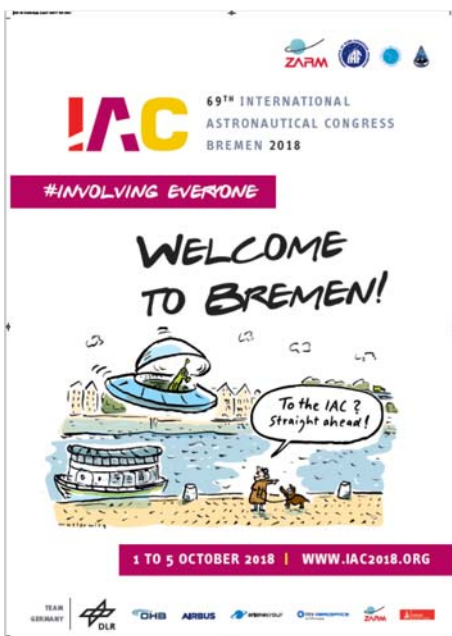
Regierender Bürgermeister von Berlin

Peter Tschentscher

Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg

Internationale Raumfahrt zu Gast in Bremen - IAC startet am 1. Oktober

27.09.2018



Vom 1. bis zum 5. Oktober 2018 ist in Bremen die Raumfahrt-Elite zu Gast. Der alljährlich stattfindende International Astronautical Congress IAC findet in diesem Jahr in der Messe Bremen statt.

standort in Deutschland. Auf dem IAC möchten wir die ganze Welt darauf aufmerksam machen", so Bürgermeister Carsten Sieling.

Zu den lokalen Unterstützern des Kongresses zählen das DLR, OHB, Airbus Defence and Space, ArianeGroup, MT Aerospace und das Land Bremen. Am 3. Oktober gibt es einen "Public Day", an dem alle interessierten Bürgerinnen und Bürger von 12 bis 18 Uhr den Kongress besuchen können. Es gibt eine Live-Schaltung zur Internationalen Raumstation (ISS) und Astronauten berichten von ihren Erfahrungen im Weltall.

Mehr zum IAC und dem Programm gibt es hier: www.iac2018.org und unter www.sternstunden2018.de

"Ich freue mich, dass 4.000 Expertinnen und Experten in unsere Stadt kommen werden. In Bremen arbeiten 12.000 Beschäftigte in der Luft- und Raumfahrt, damit sind wir der größte Luft- und Raumfahrt-

Bezahlbares Wohnen für Alle! Druck auf die Wohnungsmärkte erfordert regionale Zusammenarbeit

21.09.2018

Am Vorabend des heutigen (21.09.2018) Wohngipfels im Bundeskanzleramt hat der Kommunalverband Niedersachsen/Bremen zum Parlamentarischen Abend in die Bremische Landesvertretung eingeladen: Anlass ist die Präsentation des ersten verwaltungsgrenzüberschreitenden Wohnungsmarktberichts für die niedersächsisch-bremische Region als Auftakt für eine regionale Wohnungsmarktstrategie. Denn auch für die Region Bremen gilt: demografischer Wandel und Dynamik auf dem Wohnungsmarkt sorgen für ein deutliches Auseinanderklaffen von Angebot und Nachfrage. "Bezahlbarer Wohnraum für Alle", lautet das Ziel der Region. Vor allem kleine Wohnungen fehlen bereits heute, künftig wird die Lücke hier durch die steigende Zahl von 1-2-Personenhaushalten noch größer werden.



Akteure von links nach rechts: Martin Kliesow, (KielRegion) Parlamentarischer Staatssekretär Marco Wanderwitz (Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat), Dr. Carsten Sieling, Janet Sönnichsen (KielRegion), Dr. Andreas Bovenschulte (Vorsitzender Kommunalverband), Susanne Krebsler (Geschäftsführerin Kommunalverband) © Mohamed El Sauaf

In seiner Begrüßung der Gäste aus Politik, Verwaltungsspitzen und Wohnungswirtschaft betonte Bremens Bürgermeister Dr. Carsten Sieling, stellvertretender Vorsitzender des Kommunalverband Niedersachsen/Bremen e.V.: "Bezahlbarer Wohnraum für alle ist die soziale Frage des 21. Jahrhunderts. Bund, Länder und Kommunen müssen sich im Zusammenwirken mit allen gesellschaftlichen Akteuren

dieser Herausforderung stellen und schnell Entlastungen auf den derzeit angespannten Wohnungsmärkten erzielen. Dazu kann auch der Wohngipfel einen wichtigen Schritt beitragen. Grundsätzlich hat neben einer dauerhaften Aufstockung der Wohnraumförderung von Seiten des Bundes, mit der verlässliche und dauerhaft wirkende Programme auf Länderebene ermöglicht werden, auch die interkommunale Zusammenarbeit in der Wohnungsbaupolitik eine besondere Bedeutung. Deswegen werden wir in der Region Bremen eine gemeinsame Wohnungsmarktstrategie entwickeln und umsetzen. Damit werden wir ein möglichst vielfältiges Wohnraumangebot für alle Bevölkerungsgruppen und deren unterschiedlichen Bedürfnisse schaffen."

Marco Wanderwitz, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat würdigte in seinem Grußwort die regionale

Herangehensweise und betonte: "Bei der Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse kommt dem Wohnen eine Schlüsselrolle zu. ... Eine Region ist als Wohn-, Lebens- und Arbeitsraum attraktiv und hat Zukunft, weil sie – wie hier am bremischen Beispiel - die gehobenen Ansprüche an mehr und bezahlbaren Wohnraum ernst nimmt. Die aktuellen Herausforderungen zeigen, dass die isolierte Betrachtung von Wohnungspolitik und Insellösungen zur Verbesserung einzelner Wohnbereiche nicht ausreicht, nötig ist ein neues Zusammendenken von Siedlungsstruktur, Versorgung und Mobilität in Form von regional angepassten flexiblen Konzepten, Strategien und Projekten. Und genau hier setzt das Modellvorhaben an.

Ich setze große Hoffnung darauf, dass das regionale Wohnungsmarktkonzept bei der Bewältigung der komplexen Herausforderungen, beispielhaft in der Stadt-Umland-Region Bremen, hilft."

Andreas Bovenschulte, Vorsitzender des Kommunalverbandes: "Der Problemdruck ist in allen Regionen unstrittig hoch. Er wird durch Zunahme von kleineren Haushalten – durch alternde Bevölkerung

(Singlehaushalte, spätere Familiengründung) verschärft. Die Preise für Wohnen steigen insgesamt und sind in der Region Bremen nicht durch administrative Grenzen definiert, sondern durch die Lage im Raum. Das unterstreicht die Notwendigkeit einer regionalen Bearbeitung. Wir können auf regionaler Ebene – gemeinsam als die Kommunen der Region – viel für bezahlbaren Wohnraum erreichen: wenn alle Akteure zusammenarbeiten und Bund und Länder den richtigen Rahmen setzen."

Einen ergänzenden Aspekt zum Thema Wohnen berichtete Janet Sönnichsen, Geschäftsführerin der Kiel-Region als Vertreterin einer Partnerregion im Modellvorhaben: die Region Kiel verbindet im Rahmen des Modellprojekts Fragen der Integration mit Aspekten des Wohnungsmarkts.

Mit dem regionalen Wohnungsmarktbericht betritt die Region Bremen Neuland: es ist das erste Mal, dass der Wohnungsmarkt der Region überhaupt

gesamtregional analysiert wird. Die Untersuchung verdeutlicht, dass die steigenden Bedarfe an kleinen und bezahlbaren Wohnungen in einer zusammenwachsenden und eng verflochtenen Region nur gemeinsam gedeckt werden können. Ermöglicht wurde das Vorhaben auch durch die Förderung als Modellvorhaben der Raumordnung (MORO Lebendige Regionen) des Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat. Die jetzt anschließende Erarbeitung einer regionalen Wohnungsmarktstrategie in Zusammenarbeit mit den kommunalen Mitgliedern und weiteren Wohnungsmarktakteuren wird als Phase 2 des Modellvorhabens ebenfalls vom Bund gefördert.

Die Region Bremen verfügt über ein aktuelles, politisch beschlossenes Leitbild, in dem das Thema Wohnen und Siedlungsentwicklung auf der Ebene der Leitziele verankert ist.

Bremen fördert die Mitwirkung von jungen Menschen

20.09.2018

Mitbestimmung soll schon vor Ort, im eigenen Stadtteil, vor der Haustür für Jugendliche möglich sein. Wie können Stadtteilbeiräte Jugendliche erreichen, wie können sie sie motivieren und ihnen konkrete Möglichkeiten bieten, sich im Stadtteil zu engagieren? Mit diesen Fragen werden engagierte Beiratsmitglieder immer wieder konfrontiert. Die Fragen wurden wiederholt in der Bürgerschaft diskutiert und führten zu dem Wunsch nach einer Handreichung mit praktischen Tipps für interessierte Beiratsmitglieder.

Diese Handreichung für die kommunalpolitische Praxis zur Jugendbeteiligung im Stadtteil stellte Bürgermeister Dr. Carsten Sieling heute (20. September 2018) vor. Bürgermeister Sieling und Helmut Weigelt, Sprecher des Bürgerschaftsausschusses für Bürgerbeteiligung, bürgerschaftliches Engagement und Beiräte (Stadtbürgerschaft) erhielten die ersten Exemplare.

"Ich freue mich über die Handreichung, denn mit Jugendbeteiligung wird es möglich, Demokratie direkt und vor Ort zu erleben. Bei der Demokratie geht es nicht 'nur' um Wahlen. Unsere Demokratie lebt davon, dass die Menschen sich einbringen und sie mitgestalten. Ich möchte deshalb alle Jugendlichen ermutigen, sich zu engagieren und selbst aktiv zu werden. Das passiert ja auch bereits an vielen Orten unserer Stadt, wenn junge Leute Konzerte, Fußballturniere, Graffiti-Wände, ein Tonstudio organisieren oder wenn sie sich für Schwächere engagieren. Unser Land braucht engagierte Jugendliche, das ist wichtig für die Zukunft Bremens! Ich danke allen Stadtteil-Politikerinnen und -Politikern, die die Möglichkeiten dafür schaffen, dass die Beteiligung junger Menschen in diesem Sinne weiter ausgebaut werden kann." (Bürgermeister Carsten Sieling)

Heike Blanck, zuständig in der Senatskanzlei für die Beratung und Vernetzung zur Jugendbeteiligung, und Lisa Peyer, Politikwissenschaftlerin mit dem

Schwerpunkt Jugendbeteiligung stellten die Handreichung zusammen. Sie stellen die Eingangsfrage "Heute schon die Welt verbessert?" In der Handreichung finden sich Informationen zu den Grundlagen, zur Planung und Durchführung von Jugendbe-

Helmut Weigelt, Bürgerschaftsausschusses für Bürgerbeteiligung, bürgerschaftliches Engagement und Beiräte (Stadtbürgerschaft), wünschte sich viele Jugendprojekte. "Ich begrüße es, dass praktische Wege aufgezeigt werden und Adressen genannt werden. Viele Beiratspolitikerinnen und –Politiker wollen Jugendliche ansprechen und für eine Mitwirkung gewinnen. Hier werden dazu Tipps zusammengestellt. Besonders wichtig ist es mir, alle Jugendliche anzusprechen, unabhängig davon, wie lange und wo sie in Bremen wohnen."



Heike Blanck, Bürgermeister Carsten Sieling und Helmut Weigelt nehmen die neue Broschüre in Augenschein © Senatspressestelle

Die Handreichung fasst praktische Tipps, Bremer Erfahrungen und Studien zur kommunalen Jugendbeteiligung zusammen und kann auch "häppchenweise" genutzt werden. Als gedruckte Broschüre oder PDF verweist sie u.a. auf Materialien der sogenannten "Beteiligungskiste" der Webseite: www.jubis-bremen.de

teiligung. Des Weiteren werden Material und Helfer/innen zur Jugendbeteiligung in Bremen genannt. Gemeinsam mit dem Ausschusssprecher diskutierte Bürgermeister Carsten Sieling über die Vielfalt von Jugendbeteiligungsprojekten in Bremen.

Die Handreichung wird an alle Ortsämter und interessierte Beiratsmitglieder versandt. Sie kann per Mail angefordert werden bei der Senatskanzlei unter: jugendbeteiligung@sk.bremen.de

Bremer Senat und ver.di unterzeichnen „Bremer Erklärung für Gute Arbeit in Kitas“

18.09.2018

Mehr Ausbildung, bessere Arbeitsbedingungen, mehr Geld für Erzieher_Innen

Die Herausforderungen im Bereich der Kindertagesbetreuung sind riesig. Bremen steht beim Ausbau der Krippen- und Kitaplätze weiterhin auf dem Gaspedal. Rund 3.000 Plätze wurden seit Anfang der Legislaturperiode in der Stadtgemeinde geschaffen, über 800 kommen in laufenden Kitajahr hinzu. Der Fachkräftebedarf ist entsprechend hoch – wie in ganz Deutschland. Gleichzeitig sind die Belastungs-

situationen und Anforderungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Betreuungseinrichtungen enorm. Der Bildungs- und Erziehungsanspruch steigt ebenso stetig wie der an die notwendige Elternarbeit. Hinzu kommen die zunehmende Heterogenität und der wachsende Sprachförderbedarf der Kinder, Anforderungen durch die Inklusion sowie Kooperationen mit Schulen, Vereinen und Institutionen in den Stadtteilen.

Der Beruf der Erzieherin bzw. des Erziehers hat sich in den vergangenen Jahren sehr verändert. Die Zahl derer, die über viele Jahre durchgängig in

ihrem Beruf tätig sind, hat sich stark erhöht. Der Kitabetrieb findet überwiegend im Ganzttag statt. Die Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen werden aber noch nicht den Anforderungen einer Arbeit gerecht, die in Vollzeit ein Berufsleben lang ausgeübt werden sollen.

Bürgermeister Dr. Carsten Sieling freut sich über das umfassende Paket: "Die Kolleginnen und Kollegen in den Kitas leisten eine sehr wichtige und großartige Arbeit und das wollen wir als Senat nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten wertschätzen. Mir geht es darum, dass wir sowohl die Ausbil-

dungs- als auch die Arbeitssituation weiter verbessern. Im Bereich Ausbildung haben wir schon eine Menge auf den Weg gebracht, die neue praxisintegrierte Ausbildung ist bereits jetzt ein Erfolgsmodell. Und auch was die konkrete Arbeitssituation anbelangt, möchte ich spürbare Verbesserungen erreichen. Dort wo notwendig, werden wir dafür auch weitere finanzielle Mittel zur Verfügung stellen."



Senat und ver.di unterzeichnen "Bremer Erklärung für Gute Arbeit in Kitas" (v.l.): Claudia Bogedan (Senatorin für Kinder und Bildung), Karoline Linnert (Senatorin für Finanzen), Bremens Bürgermeister Dr. Carsten Sieling, Markus Westermann (ver.di Bezirksgeschäftsführer), Grit Wetjen (ver.di Bremen) und Ingo Tebje (ver.di Fachbereich Gemeinden, Bezirk Bremen-Nordniedersachsen) © Senatspressestelle

Für eine bessere Entlohnung der Mitarbeitenden in der Kin-

In der heute von Vertreterinnen und Vertretern des Senats und verdi und des Personalrats Kita Bremen unterzeichneten "Bremer Erklärung für gute Arbeit in Kitas" werden diese Aspekte aufgenommen und ein umfassendes Maßnahmenpaket geschnürt, um eine bessere Arbeitssituation in den kommunalen Kitas der Stadtgemeinde Bremen und perspektivisch auch weiterer Träger zu ermöglichen. Berücksichtigt werden Maßnahmen zu folgenden **Punkten**:

- Gewinnung von Fachkräften,
- Personalentwicklung in Kitas,
- Bezahlung und Eingruppierung,
- Personaleinsatz,
- Gesundheits- und Arbeitsschutz

Eine Begleitgruppe bestehen aus Arbeitnehmervertretungen (Gewerkschaften / betriebliche Interessenvertretungen), Trägervertretungen, Elternvertretungen sowie Vertreterinnen und Vertreter der Senatorin für Kinder und Bildung, wird die Umsetzung flankieren.

der Mitarbeitenden in der Kindertagesbetreuung setzt sich auch Bürgermeisterin und Finanzsenatorin Karoline Linnert ein: "Wir wollen die gestiegenen Anforderungen an die Erzieherinnen und Erzieher auch finanziell honorieren. Außerordentliche Belastungen sollen sich im wahrsten Sinne des Wortes bezahlt machen. Dafür nutzen wir die Spielräume im vorhandenen Tarifvertrag."

Neben der besseren Bezahlung ist ein verbesserter Gesundheitsschutz der Mitarbeitenden dringend notwendig. Dr. Claudia Bogedan, Senatorin für Kinder und Bildung: "Wir werden Kita Bremen bei der Entwicklung von Maßnahmen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes unterstützen. Das gilt für Fortbildung und natürlich auch für ‚handfeste‘ Maßnahmen, wie beispielsweise die Beschaffung ergonomischer Möbel und den Einsatz von Flüstertischen und Akustik-Decken für den Lärmschutz. Ich bin froh, dass es gelungen ist, gemeinsam mit verdi an einem Strang zu ziehen. Diese übergreifende Einigkeit ermöglicht spürbare Verbesserungen, die direkt am Bedarf der Beschäftigten orientiert sind."

Ingo Tebje, ver.di Gewerkschaftssekretär im Fach-

bereich Gemeinden, freut sich ebenfalls: "Mit der Einführung und Verstetigung der bezahlten berufsbegleitenden Ausbildung von sozialpädagogischen Assistentinnen und Assistenten sowie der tariflich entlohnten Praxisintegrierten Ausbildung sind zwei wichtige Schritte zur generell bezahlten Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern realisiert worden, um den Beruf attraktiver für junge Menschen zu machen. Mit dem Einstieg, Erzieherinnen und Erzieher zukünftig in der S8b einzugruppieren, kommt der Senat der verdi-Forderung nach, die besonders schwierigen Arbeitsbedingungen einer Großstadt mit besonderen Problemlagen tariflich anzuerkennen. Dies hilft, qualifizierte Fachkräfte in Bremen zu halten und dringend benötigte zusätzliche Fachkräfte zu gewinnen."

"Die Eröffnung von Fachkarrieren sowie die Qualifizierungschancen für unsere Kolleginnen und Kollegen sind ein deutliches Signal der Wertschätzung durch den Bremer Senat. Die Erklärung bietet einen bunten Strauß an Möglichkeiten, den gestiegenen Anforderungen an die frühkindliche Erziehung und Bildung zu begegnen und die schwierige Arbeitssituation unserer Kollegen und Kolleginnen, die durch Ausbau und Personalmangel entstanden ist, zu entlasten. Dass der Senat mit Qualität auf die Problemlagen reagiert und nicht wie andere Länder schlicht auf den Einsatz von Hilfskräften setzt, kann ich nur loben", ergänzt die Personalratsvorsitzende Grit Wetjen für die verdi-Betriebsgruppe.

Mahnmal am Bunker Valentin soll für die Zukunft nachdenklich machen

Bürgermeister Carsten Sieling und Bürgerschaftspräsident Christian Weber legen Kränze zum 35. Jahrestag nieder

17.09.2018

35 Jahre nach der Errichtung des Mahnmals "Vernichtung durch Arbeit" am Bunker Valentin haben Bürgermeister Dr. Carsten Sieling und Bürgerschaftspräsident Christian Weber am Sonntag (16. September) Kränze am Gedenkort niedergelegt. Das Mahnmal erinnert an die KZ-Häftlinge und Zwangsarbeiter, die beim Bau des U-Boot-Bunkers den Tod fanden.

"Das Mahnmal ist Ausdruck der Erinnerung an die Zwangsarbeiter und Anerkennung der Schuld, die die Stadt Bremen und ihre Bürgerinnen und Bürger damals auf sich geladen haben", sagte Carsten Sieling in seiner Ansprache. "Gleichzeitig ist es Ausdruck einer bremischen Stärke, nämlich der Bereitschaft, sich kritisch mit der Geschichte der Stadt auseinanderzusetzen." Es helfe auch den nachfolgenden Generationen, aus dem Vergangenen zu lernen und sie "für die Zukunft nachdenklich zu ma-



Bürgerschaftspräsident Christian Weber, Marc Hivernat, Christel Trouvé und Bürgermeister Dr. Carsten Sieling legen am 16.09.2018 Kränze ab am Mahnmal am Denkort Bunker Valentin
© Senatspressestelle

chen". Allen Formen von Rassismus und Menschenverachtung, von Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit und Homophobie sei auch heute entschieden entgegenzutreten. "Das ist eine der Lehren dieses Ortes und eine der Botschaften dieses Mahnmals. Es mag 35 Jahre alt sein, aber es ist heute aktueller denn je", so der Bürgermeister.



Bürgermeister Sieling spricht zu den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Gedenkveranstaltung am Mahnmal Bunker Valentin © Senatspressestelle

Bürgerschaftspräsident Christian Weber erinnerte in seiner Rede an seinen Aufenthalt in der französischen Stadt Murat, aus der im Juni 1944 120 Männer und Frauen deportiert und unter menschenunwürdigen Bedingungen nach Deutschland verfrach-

tet worden waren. Viele von ihnen mussten im KZ-Außenlager Bremen-Farge beim Bau des U-Boot Bunkers Valentin Zwangsarbeit leisten. Weber hatte sich 2014 bei den Bürgerinnen und Bürgern von Murat für die Verbrechen entschuldigt, die ihre Vorfahren, Verwandten, Nachbarn und Freunde in Bremen erdulden mussten.

Ehrengäste der Gedenkveranstaltung, die unter anderem von der Bremer Landeszentrale für politische Bildung organisiert wurde, waren Marc Hivernat und Petra Mglej. Marc Hivernat ist der Enkel von Marius Hivernat, der im Juni 1944 aus Murat deportiert und am 16. Dezember 1944 im Alter von 48 Jahren in Bremen-Farge gestorben war. In seiner Rede rief Hivernat dazu auf, die pädagogische Arbeit am Denkort Bunker Valentin zu verstärken. Petra Mglej erinnerte in ihrer Ansprache an ihren Vater, den Bremer Künstler Fritz Stein, der das Mahnmal 1983 erschaffen hat.

Domsheide neu denken und gestalten

17.09.2018

Die Domsheide ist einer der wichtigsten Verkehrsknotenpunkte in der Bremer Innenstadt. Täglich steigen dort Tausende Fahrgäste der Bahnen und Busse der BSAG um, der Radverkehr und Fußgängerinnen und Fußgänger sind auf dem Weg in die Innenstadt oder in das Viertel. Bürgermeister Carsten Sieling erklärt, wie er sich die Domsheide in Zukunft vorstellt.

"Ich strebe einen möglichst zügigen Umbau der Domsheide an. Gründe dafür gibt es genug: die unübersichtliche Situation für alle Verkehrsbeteiligten, der marode Zustand der Gleise und die hohe Lärmbelastung, insbesondere in unserem schönen Konzerthaus, der 'Glocke'", so Sieling. Die Domsheide ist ein zentraler Platz auf dem Weg in die Bremer City, sie solle zur "Visitenkarte der Stadt" werden.



Denkbar seien, so der Bürgermeister, eine Zusammenlegung der Haltestellen vor dem Postamt, um die derzeitige gefährliche Situation an der Domsheide zu verbessern. Hierdurch bekäme auch der Rad- und Fußgängerverkehr mehr Raum. Außerdem sei die Verlegung von "Flüsterschienen" im Gespräch,

wodurch der Lärmpegel gesenkt werden könne.

Bessere finanzielle Möglichkeiten durch die Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen ab 2020 ermöglichen eine Umsetzung. Diese soll für den

Doppelhaushalt 2020/2021 in die Verhandlungen aufgenommen werden.

E-Day - Erste Messe für Elektroautos in Blumenthal

15.09.2018

Auf dem Gelände der früheren Wollkämmerei in Blumenthal fuhren heute (15. September 2018) 45 Elektroautos vor. Bürgermeister Carsten Sieling war einer der rund 2.000 Besucherinnen und Besucher und zeigte sich beeindruckt: "Es freut mich, dass sich so viele Menschen für den E-Day und für Elektroautos interessieren. Elektromobilität ist ein wichtiger Schritt in eine umweltfreundliche Zukunft." In einer Talkrunde diskutierte der Bürgermeister mit den Gästen zum Thema "E-Mobilität in Blumenthal".

Rund 25 Ausstellerinnen und Aussteller informierten über Elektromobilität und beantworteten Fragen zu Akkulaufzeit, Lebensdauer von Akkus und wie Fahrzeuge sich recyceln lassen. Den Abschluss dieses erfolgreichen E-Days machte die Musikgruppe "Crossfire" mit einem Konzert für alle.

Veranstaltet wurde die erste Messe für Elektroautos



Bürgermeister Carsten Sieling auf dem E-Day © Martin Sassenberg

vom Beirat Blumenthal, der aufgrund der hohen Besucherzahlen bereits eine Wiederholung der Veranstaltung für 2020 angedacht hat. Die Nachfrage nach elektrisch betriebenen Fahrzeugen mit dem Ziel, Lärm und Abgase zu verringern, steigt weiterhin.

Interview mit dem Weser Kurier: „Weiter konzentriert für Bremen und Bremerhaven arbeiten“

15.09.2018

Bürgermeister Carsten Sieling spricht im Interview über die Umgestaltung der Domsheide, die Erhöhung des Mindestlohns und die Aufstellung der SPD-Kandidaten für die Bürgerschaftswahl.

Weser-Kurier: Auf einem Landesparteitag der

SPD sollen Sie an diesem Sonnabend zum Spitzenkandidaten für die Bürgerschaftswahl 2019 gewählt werden. Warum sind Sie der bestmögliche Bewerber, den die Bremer SPD zu bieten hat?

Sieling: Weil ich wichtige Akzente für die Zukunft des Landes gesetzt habe. Da sind die zusätzlichen Mittel für Bremen aus dem Länderfinanzaus-

gleich ab 2020, und da ist eine richtig gute, starke wirtschaftliche Entwicklung mit endlich langsam sinkender Arbeitslosigkeit. Drittens: Unser Bundesland hat eine hohe Lebensqualität und wir haben uns eine Weltoffenheit und Liberalität in einer Zeit bewahrt, in der in anderen Städten ein ganz anderes gesellschaftliches Klima herrscht. Ich stehe also für Kernanliegen der Bremer Sozialdemokratie.

Weser-Kurier: Wie kommt es dann, dass die Erfolge, die Sie für sich in Anspruch nehmen, von den Wählern nicht honoriert werden? In den Umfragen der letzten Monate dümpelte Ihre Partei zwischen 22 und 28 Prozent. Warum steht die SPD in ihrer einstigen Hochburg Bremen so schlecht da?

Sieling: Die Sozialdemokratie befindet sich deutschland- und europaweit in einer schwierigen Lage. Die Umfragewerte im Bund liegen zwischen 17 und 19 Prozent und das ist die Ausgangsbasis, mit der wir auch in Bremen umgehen müssen. Für Bremen ist aber der entscheidende Punkt: Wir kommen aus schwierigen Zeiten. 15, 20 Jahre lang mussten wir eine harte Sparpolitik machen, um die Finanzen in Ordnung zu bringen und die Schuldenbremse zu schaffen. Das hat Folgen – in der Infrastruktur und in der Ausstattung in vielen Bereichen. Aber jetzt stehen wir an einer Zeitenwende, bedingt durch die rund 500 Millionen Euro, die wir pro Jahr in Zukunft mehr haben.

Weser-Kurier: Gewöhnlich werden Regierungen aber für das wieder- oder abgewählt, was sie geleistet haben. Nicht für das, was sie für die Zukunft versprechen.

Sieling: Wir haben in den letzten drei Jahren eine Menge geschafft. Denken Sie nur daran zurück, welche Zustände vor nicht allzu langer Zeit im Stadtamt herrschten. Heute funktioniert das reibungslos. Wir haben über 3000 Kitaplätze in kürzester Zeit geschaffen. Und wir haben eine gute wirtschaftliche Entwicklung, es sind viele neue Arbeitsplätze entstanden. All das wird die SPD deutlich herausstellen.

Weser-Kurier: Hat sich Bremens SPD in der Vergangenheit zu wenig als klassische Arbeitnehmerpartei und als Kümmerer in den Stadtteilen gezeigt und zugelassen, dass ihr Profil durch abseitige Themen wie zuletzt die Billigtickets für notorische Schwarzfahrer verwischt wird?

Sieling: Die von Ihnen angesprochene Maßnahme halte ich nicht für abseitig. Da geht es um eine ganz kleine Gruppe von Menschen, ungefähr 70 Personen. Die belohnen wir nicht, sondern wir wollen den Teufelskreis durchbrechen und es ihnen ermöglichen, nicht immer wieder ins Gefängnis zu kommen und damit auch hohe Kosten für die Allgemeinheit zu verursachen. Das zeichnet Bremen doch aus: Wir bemühen uns auch um Menschen, die am Rande stehen.

Weser-Kurier: Wahlen gewinnt man mit solchen Projekten aber nicht.

Sieling: Darum geht es auch nicht, sie machen aber Sinn. Und sie stehen ja auch nicht im Mittelpunkt unserer Politik. Ich sehe uns in der Tat als klassische Arbeitnehmerpartei, und in diesem Sinne haben wir wichtige Akzente gesetzt. Ich darf daran erinnern: Bremen war das erste Bundesland, das einen gesetzlichen Mindestlohn eingeführt hat. Das hatte Vorbildcharakter für eine bundesweite Regelung, die später in Kraft trat. Mit dem aktuellen Niveau des bundesweiten Mindestlohns bin ich aber absolut nicht zufrieden. Selbst die 9,35 Euro, die 2020 erreicht sein sollen, verhindern nicht, dass Vollzeit arbeitende Menschen zum Jobcenter gehen und aufstockende Leistungen beantragen müssen. Von daher will ich, dass wir unser Landesmindestlohngesetz neu ausrichten und mit einer Höhe versehen, die dafür sorgt, dass die Betroffenen dann nicht mehr zum Amt gehen müssen.

Weser-Kurier: Welcher Betrag schwebt Ihnen vor?

Sieling: Ich möchte, dass wir zunächst auf 10,80 Euro erhöhen. Damit liegen wir dann über der "Aufstocker-Grenze" und dieser Betrag entspricht zurzeit auch der untersten Lohngruppe des Öffentli-

chen Dienstes. Ich will, dass wir dann eine entsprechende Koppelung in das Gesetz hineinschreiben und der Landesmindestlohn künftig an die Ergebnisse der Tarifverhandlungen gebunden ist. So ist auch garantiert, dass er schrittweise weiter steigt

Weser-Kurier: Wer profitiert vom Landesmindestlohn?

Sieling: Alle Beschäftigten öffentlich gebundener Arbeitgeber und Firmen, die direkt unter kommunalem Einfluss stehen. Darüber hinaus alle, die im Auftrag der Stadt Dienstleistungen erbringen. Am Geltungsbereich des bisherigen Gesetzes ändert sich ja nichts.

Weser-Kurier: Anfang der Woche haben Sie mit der Domsheide ein anderes publikumswirksames Thema besetzt. Sie wollen diesen Verkehrsknotenpunkt in der Innenstadt umgestalten und attraktiver machen. Erst Domsheide, jetzt Mindestlohn – erleben wir gerade den Auftakt des Bürgerschaftswahlkampfes?

Sieling: Ich führe zur Zukunft dieser Drehscheibe unserer Innenstadt bereits seit zwei Jahren Gespräche – bisher allerdings sehr vertraulich, weil das eine sensible Fragestellung ist. Am Sonntag habe ich das Thema erstmals öffentlich angesprochen, und zwar im Rahmen der Ideenmeisterschaft für die Innenstadt. Die Zeit war reif, weil es aktuell nicht nur um private Investitionen im Bereich der Einkaufsimmobilien geht, sondern auch um öffentliche Räume. Das ist also kein Wahlkampf, sondern ein langfristiges Projekt.

Weser-Kurier: Ein anderes Thema der vergangenen Tage war die Aufstellung der SPD-Kandidaten für die Bürgerschaftswahl. Es gab eine Menge Verdross bei Bewerbern, die es nicht auf die sicheren Listenränge geschafft haben. Es fällt auch auf, dass sich auf den aussichtsreichen Plätzen kaum Menschen mit ausländischen Wurzeln oder Kandidaten aus ärmeren Stadtteilen befinden. Was für ein Signal sendet die SPD da aus?

Sieling: Mir ist wichtig, dass wir als SPD weiter in allen Quartieren Kandidatinnen und Kandidaten in aussichtsreicher Position haben...

Weser-Kurier:... was nicht der Fall ist.

Sieling: Ich denke schon. Aber natürlich hat die Mandatskommission der Partei auch berücksichtigt, dass Personen, die eine besondere Bekanntheit haben, auch sichtbarer auf der Liste platziert werden. So kam das Ergebnis zustande. Im Übrigen bin ich mir sicher, dass wir auch in der nächsten Fraktion wieder eine Reihe von Abgeordneten mit Migrationshintergrund haben werden, weil die letzten Wahlen gezeigt haben, dass sie nicht selten viele Personenstimmen gewinnen.

Weser-Kurier: Die SPD wird ohne Koalitionsaussage in den jetzt anlaufenden Wahlkampf gehen. Gleichwohl haben Sie kürzlich gesagt, Sie könnten sich nach dem Mai 2019 ein rot-rot-grünes Bündnis vorstellen. Wie passt das zusammen?

Sieling: Da bitte ich genau hinzuhören. Als ich nach meiner Bereitschaft zu einem rot-rot-grünen Bündnis gefragt wurde, ging es um die hypothetische Situation, dass dies die einzige mehrheitsfähige Konstellation wäre. In einer solchen Situation sage ich: Natürlich verhandle ich darüber! Ich kann doch nicht sagen: das Wahlergebnis passt mir nicht, deshalb verzichte ich auf eine Regierungsbildung in Bremen. Andere mögen vor der Verantwortung, das Staatsschiff auf Kurs zu halten wegrennen, ich nicht. Aber das war mitnichten eine Koalitionsaussage. Ich kämpfe für eine starke SPD.

Weser-Kurier: Wie stark sollte sie mindestens werden? Ihr Herausforderer Carsten Meyer-Heder von der CDU gab für seine Partei mit "Mitte 30 Prozent" bereits frühzeitig eine klare Marschzahl aus.

Sieling: Ich halte es nicht für klug, in Glaskugeln zu gucken. Wir werden weiter konzentriert für Bremen und Bremerhaven arbeiten und am 26. Mai haben dann die Wählerinnen und Wähler das Wort.

125 Jahre ESPABAU - Bürgermeister Sieling gratuliert

12.09.2018

Bremens Bürgermeister Dr. Carsten Sieling hat der ESPABAU zu ihrem 125-jährigen Bestehen gratuliert und die Genossenschaft für das vorbildlich geliebte Modell der gemeinschaftlichen Selbsthilfe gelobt. Der Bürgermeister:

"125 Jahre ESPABAU! Zu diesem beeindruckenden Jubiläum gratuliere ich für den ganzen Senat sehr herzlich. Das lange Bestehen der Genossenschaft ist ein Grund zum Feiern. Und es ist einmal mehr ein guter Grund für den Blick zurück sowie für den Blick voraus in die Zukunft. Als älteste

praktizierende Bremer Wohnungsbaugenossenschaft prägt die ESPABAU seit dem 19. Jahrhundert unser Stadtbild. Mehr noch: die ESPABAU genießt als Genossenschaft einen ganz besonders guten Ruf, die Entwicklung mancher Stadtteile ist untrennbar mit ihren Aktivitäten verbunden. Ganz klar: Die ESPABAU gehört so selbstverständlich zu Bremen



wie unsere Stadtmusikanten.

Das, was im Jahr 1893 als "Eisenbahn Spar- und Bauverein Bremen" begann, das trägt bis heute: als eingetragene Genossenschaft Häuser und Wohnungen bauen, über ein Sparsystem den Wohnungsbau

finanzieren und Zinsen für die Sparerinnen und Sparer erwirtschaften. Die Idee der Genossenschaft steht für gemeinschaftliche Selbsthilfe, sie steht für das Prinzip >Solidarität statt Profit< und leistet einen wichtigen Beitrag für den sozialen Zusammenhalt und die hohe Lebensqualität in unserer lebendigen Stadtgesell-

schaft. Die ESPABAU ist bei der Schaffung von attraktivem und qualitativ ansprechendem Wohnraum ohne Wenn und Aber ein unentbehrlicher Akteur für unsere lebens- und liebenswerte Stadt. Allen Mitgliedern der Genossenschaft sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wünsche ich auch für die Zukunft weiterhin viel Erfolg und alles Gute."

Bremer Erklärung zur fairen Beschäftigung bekräftigt und konkretisiert

11.09.2018

Der Präsident des Senats, Bürgermeister Carsten Sieling, die Senatorin für Finanzen, Bürgermeisterin Karoline Linnert, und die Vorsitzende des Gesamtpersonalrates, Doris Hülsmeier, haben heute (11. September 2018) im Rathaus eine aktualisierte Fassung der "Bremer Erklärung zu fairen Beschäftigungsbedingungen" unterzeichnet. Sie bekräftigen damit die 2014 erstmals vereinbarten Ziele. "Die

Bremer Erklärung hat sich bewährt. Wir wollen faire Beschäftigungsverhältnisse im öffentlichen Dienst. Die Bremer Verwaltung hat als Arbeitgeberin im Interesse der Beschäftigten und der Gesellschaft eine Vorbildfunktion zu erfüllen", betonen alle drei gemeinsam."

Dazu Bürgermeister Carsten Sieling: "Ich freue mich, dass wir heute die 2014 erstmals von Senat und Gesamtpersonalrat geschlossene Vereinbarung

erneuern können. In den letzten Jahren ist bereits eine Reihe positiver Dinge auf den Weg gebracht worden. Mit der heutigen Unterzeichnung setzen wir auch das Signal, dass wir gemeinsam weiter an notwendigen Verbesserungen arbeiten wollen. Die Erklärung liefert dafür einen verbindlichen Rahmen, für die Freie Hansestadt als Arbeitgeberin ebenso wie für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst."

wichtiges Instrument für Personalräte und Frauenbeauftragte, um unsere Kolleginnen und Kollegen vor prekären Beschäftigungsverhältnissen zu schützen und verbesserte Arbeitsbedingungen zu erreichen. Ein Selbstläufer ist die Bremer Erklärung allerdings nicht: Nach wie vor gibt es noch ungelöste Problemfälle und Verbesserungsbedarfe. Mit der Neufassung der Bremer Erklärung wird jetzt ein deutliches Signal an die Dienststellen gesendet, dass diese Vorgaben umzusetzen sind.

Wichtig ist, dass die Dienststellen bei der Lösung weiterhin durch die Clearingstelle unterstützt werden."

Zentrale Punkte der Bremer Erklärung:

- Faire Arbeitsbedingungen, Entgeltgleichheit und eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf machen den öffentlichen Arbeitgeber Bremen attraktiv.
- Der bremische öffentliche Dienst hat eine Vorbildfunktion als Arbeitgeber. Ein positives Beispiel ist der bremische Mindestlohn, der bundesweite Mindestlohnregelungen mit initiiert hat.



Bürgermeister Carsten Sieling, die Vorsitzende des Gesamtpersonalrates Doris Hülsmeier und die Senatorin für Finanzen, Bürgermeisterin Karoline Linnert, bei der Unterzeichnung der "Bremer Erklärung zur fairen Beschäftigung" © Senatspressestelle

"Entscheidend für einen leistungsfähigen und serviceorientierten öffentlichen Dienst sind die Beschäftigten. Wir brauchen motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – gute Arbeitsbedingungen sind dafür eine Voraussetzung. Wichtige Argumente im Wettbewerb mit der Wirtschaft um qualifizierte Nachwuchskräfte sind Vereinbarkeit von Familie und Beruf, vielfältige Teilzeitmodelle, gute Aus- und Fortbildungsangebote, Aufstiegschancen und sichere Arbeitsplätze", erläutert Bürgermeisterin Karoline Linnert. Sie lobt die konstruktive Zusammenarbeit zwischen Senat und Gesamtpersonalrat: "Die 2014 vereinbarte Clearingstelle ist dafür ein gutes Beispiel. Seit 2015 werden dort Einzelfälle beraten und häufig eine für alle Beteiligten gute Lösung gefunden."

Doris Hülsmeier erklärt: "Die Bremer Erklärung zu fairen Beschäftigungsbedingungen hat sich bewährt, das hat die Evaluation gezeigt. Sie ist ein

- Faire Arbeitsbedingungen sind ein Zeichen der Wertschätzung. Dazu gehören die soziale Absicherung und sichere Zukunftsperspektiven im Beruf und im Alter.
- Motivierte, qualifizierte Beschäftigte sind der Garant für eine gut funktionierende, serviceorientierte Verwaltung.
- Arbeitsverhältnisse im öffentlichen Dienst sind in der Regel unbefristet. Sachgrundbezogene Befristungen sind möglich, wenn es die Aufgabenerfüllung erfordert.
- Auf Wunsch der Teilzeit-Beschäftigten ist in der Regel eine Vollzeitbeschäftigung zu ermöglichen.
- Die Teilnahme an internen Fort- und Weiterbildungsangeboten sowie die Bewerbung auf interne Stellenausschreibungen stehen allen Beschäftigten offen.

Generalkonsul von Indonesien zum Antrittsbesuch im Rathaus

10.09.2018

Bürgermeister Dr. Carsten Sieling hat heute den Generalkonsul der Republik Indonesien, Dr. Bambang Susanto, zum Antrittsbesuch im Bremer Rathaus begrüßt. Der Gedankenaustausch, an dem auch Honorarkonsul Wolfgang G. Köhne teilnahm, fand im Gobelzimmer statt. Im Mittelpunkt der Unterredung standen die Themen Fischereiwirtschaft, Häfen und Tourismus.



Bürgermeister Dr. Carsten Sieling, Generalkonsul Dr. Bambang Susanto und Honorarkonsul Wolfgang G. Köhne
© Senatspressestelle

Der Generalkonsul ist seit dem 28. März 2018 im Amt. Er hat seinen Sitz in Hamburg und ist für die Länder Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein zuständig. Weitere Gespräche führte der Generalkonsul in der Bremischen Bürgerschaft und der Handelskammer Bremen (IHK für Bremen und Bremerhaven).

Ausgrabung am Zwangsarbeiterlager Schützenhof

10.09.2018

Am "Tag des offenen Denkmals" (Sonntag, 9. September 2018) hat Bürgermeister Carsten Sieling die Ausgrabung am Zwangsarbeiterlager Schützenhof in Gröpelingen besucht. "Was die Studierenden interdisziplinär über diesen Ort und das Schicksal der KZ-Häftlinge erforscht haben, gehört zur Erinnerungskultur unserer Stadt", sagte Bürgermeister Sieling bei dieser Gelegenheit.

Rund 40 Studierende haben im Sommersemester 2018 mit Landesarchäologin Prof. Dr. Ute Halle und Dr. Ulrike Huhn von der Forschungsstelle Osteuropa das Schicksal der Menschen erforscht, die von 1944 bis 1945 in Baracken auf dem Gelände untergebracht waren und für die Deutsche Schiff- und Maschinenbau Aktiengesellschaft (Deschimag) Zwangsarbeit leisten mussten. Von den 700 KZ-Häftlingen, die dort untergebracht waren, starben über 270 Menschen. "Es ist wichtig, dass sich auch Schülerinnen und Schüler mit dem Schicksal der Zwangsarbeiter in Bremen auseinandersetzen", sagte Sieling.



Bürgermeister Carsten Sieling besucht Ausgrabung am Zwangsarbeiterlager Schützenhof © Senatspressestelle

Der neue Audiowalk durch Bremen-Gröpelingen, der die vergessene Geschichte des Zwangsarbeiterlagers und seiner Häftlinge erzählt, will dazu beitragen und ist über diesen Link erreichbar:

<https://einkzfuerdiewerft.wordpress.com/projekt/>

Tag des offenen Denkmals

09.09.2018

"Entdecken, was uns verbindet", so lautet das Motto des "Tag des offenen Denkmals", der dieses Jahr am heutigen Sonntag deutschlandweit stattfindet. Bürgermeister Dr. Carsten Sieling und Landeskonservator Prof. Dr. Georg Skalecki begrüßten interessierte Bürgerinnen und Bürger zur Eröffnung im Bremer St. Petri Dom, die an diesem Tag neben zahlreichen Einrichtungen in Bremen, Bremen-Nord und Bremerhaven auch das Bremer Rathaus eintrittsfrei besichtigen konnten.



Bürgermeister Carsten Sieling bei der Eröffnung im St. Petri Dom
©Senatspressestelle

Seit 1993 gibt es den Tag des offenen Denkmals mit dem Ziel, die Öffentlichkeit für die Bedeutung des kulturellen Erbes zu sensibilisieren und Interesse für die Belange der Denkmalpflege zu wecken. "Kultur verbindet, und das kulturelle Erbe macht uns deutlich, wie stark sich diese Verbindungen über Jahrhunderte ausgeprägt haben", betonte Bürgermeister Sieling.

Der Tag des offenen Denkmals mit seinem diesjährigen Motto "Entdecken, was uns verbindet" war

auch ein Beitrag zum Europäischen Kulturerbejahr 2018. Am Beispiel der vielen teilnehmenden Denkmäler wurden Aspekte des europäischen Kulturtransfers betont, die sich in ihnen widerspiegeln. "Die Tradition und Vielfalt von Kunst und Kultur sind das große Plus Europas, sie gilt es gemeinsam zu bewahren und fortzuführen", so Sieling.

So geht Zukunft! - Baubeginn im Stiftungsdorf Ellener Hof

Pressemitteilung der Bremer Heimstiftung:

07.09.2018

Wo bisher vor allem Abrissbirne und Abbruchzange das Bild beherrschten, stehen ab jetzt Neu- und Aufbau auf dem Programm. Im Stiftungsdorf Ellener Hof enthüllten heute Bürgermeister Dr. Carsten Sieling, André Vater und Alexander Künzel, Vorstandsvorsitzender beziehungsweise Seniorvorstand der Bremer Heimstiftung sowie deren Stiftungsratsvorsitzende, Sozialsenatorin Anja Stah-

mann, gemeinsam mit Staatsrat Jens Deutschen-
dorf vom Senator für Umwelt, Bau und Verkehr das Bauschild zum städtebaulichen Großprojekt. Damit gaben sie das offizielle Startsignal für die Arbeiten. Los geht es mit einer Erschließungsstraße für das neue Quartier sowie mit einem Gebäude, das später Studierenden wie Auszubildenden ein Zuhause bietet.

Bremens erstes, ganz in Holzbauweise errichtetes Viertel mit rund 500 neuen Wohneinheiten in verschiedenen Preisklassen, ressourcenschonend

versorgt, für Menschen aller Generationen und Nationalitäten, Fahrradquartier sowie künftige Wirkungsstätte zahlreicher Kooperationspartner, die mit ihren Projekten und Angeboten für Leben auf dem Gelände sorgen – das ist das sozial-ökologisch ausgerichtete Modell-

großes Verdienst." Im Stiftungsdorf fänden sich später Kindergärten, eine Schule für Altenpflege, Wohnen für Studierende wie Auszubildende, aber auch Wohnen mit Service sowie eine Tagespflege für Senioren: "Das zeigt, hier ist an alle Generationen gedacht." Besonders hob

die Senatorin hervor, "dass mit 150 Sozialwohnungen dafür gesorgt ist, dass auch Menschen mit geringem Einkommen im Stiftungsdorf Ellener Hof ein Zuhause finden". Für Jens Deutschendorf zählen darüber hinaus die ökologischen Aspekte des Projektes:

"Vergleicht man die hier verwendete Holzbauweise mit der herkömmlichen Art zu bauen, so fällt positiv ins Gewicht, dass mit Holz durchschnittlich ungefähr 50 Prozent weniger CO2 anfällt", betonte er. Maßnahmen wie begrünte Dächer, unversiegelte Freiflächen oder Neubauten nach KfW 40 Standard und anderes mehr täten zudem ihr Übriges, um aus der sozialen auch eine ökologische Vorzeigesiedlung zu machen.



Läuteten gemeinsam mit der Enthüllung des Bauschildes den Baubeginn auf dem Gelände des Stiftungsdorfes Ellener Hof ein: (v. l.) Sabine Schöbel, Leiterin im Stiftungsdorf Ellener Hof, Wolfgang Haase, Beiratssprecher in Osterholz, Alexander Künzel, Seniorvorstand der Bremer Heimstiftung, Jens Deutschendorf, Staatsrat beim Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, Anja Stahmann, Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport, Bremens Bürgermeister Dr. Carsten Sieling und André Vater, Vorstandsvorsitzender der Bremer Heimstiftung © Bremer Heimstiftung

quartier Stiftungsdorf Ellener Hof. Mehr noch: "Was die Bremer Heimstiftung hier mit rund 25 Partnern anpackt, ist zukunftsweisend für Bremen. Ein Projekt, das schon jetzt Strahlkraft über die Grenzen Bremens hinaus entwickelt und ein Vorhaben, für dessen Umsetzung ich allen Beteiligten weiterhin viel Erfolg wünsche", erklärte Bremens Bürgermeister Dr. Carsten Sieling.

Ein Wunsch, dem sich Bremens Sozialsenatorin Anja Stahmann und Jens Deutschendorf, Staatsrat beim Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, direkt anschlossen. "Hier entsteht ein Quartier mit einer guten sozialen Mischung", ergänzte Anja Stahmann. "Die Heimstiftung wirkt hier der Entmischung der Stadtteile in Arm und Reich, Jung und Alt entgegen. Das ist ein

Die ersten Schritte in Sachen Aufbau

"Bevor wir allerdings mit ersten Neubauten starten, steht erst einmal Grundlegendes auf dem Programm", erläuterte Christoph Theiling vom Büro protze + theiling, verantwortlich für die Projektsteuerung. Erster sichtbarer Schritt wird die Verlegung von Leitungen für Trinkwasser und Telekommunikation, des Abwasserkanals sowie von Stromkabeln im Bereich der geplanten Erschließungsstraße sein. Sie ist das erste neu entstehende "Bauwerk" im Stiftungsdorf und sorgt über ihre Einmündung in die Ludwig-Roselius-Allee gegenüber der Düsseldorfer Straße nicht zuletzt dafür, dass alle weiteren Bauvorhaben künftig gut erreichbar sind. "Über diese Straße erfolgt der gesamte Zulieferverkehr für die Arbeiten hier vor Ort. Somit sind die umliegenden Wohnstraßen davon entlastet", hob Christoph Theiling hervor.

Im Hinblick auf die neu zu errichtenden Bauten im Stiftungsdorf macht ein mehrstöckiges Haus den Anfang, in dem später 66 Wohnungen für Studierende und Auszubildende Platz finden. Bauherr dieses im Nordosten des Geländes an der Ludwig-Roselius-Allee gelegenen Gebäudes ist die Bremer Heimstiftung. Weiter geht es im so genannten "Baufeld 1" dann mit einem zweiten Bau, der für Wohnungen verschiedener Größe, Ladenlokale, ein Beratungszentrum der AOK und Büros für Dienstleister oder Räumlichkeiten für Arztpraxen vorgesehen ist. "Ein Bereich im Stiftungsdorf, für den es bereits verschiedene Mieter und Interessenten gibt, in dem aber auch noch Raum für die Umsetzung von Ideen und Projekten zur Verfügung steht", weiß Alexander Künzel, Seniorvorstand der Bremer Heimstiftung. So soll nach und nach ein Zentrum für Begegnungen und Angebote im Stadtteil wachsen. Die dafür notwendige enge Zusammenarbeit mit Kooperationspartnern gehört zum Konzept der Bremer Heim-

stiftung und ist im Stiftungsdorf Ellener Hof bereits gut gediehen. "Ob die Brede-Stiftung, der Martinsclub Bremen e.V., die Stiftung Maribondo da Floresta, ein Tempel der Hindu-Gemeinde, die Gewoba oder auch Einrichtungen wie das Theater 11, der Ellener-Hof-Verein, der die Kultur-Aula im Stiftungsdorf betreibt oder der Integrationsbetrieb und Beschäftigungsträger bras e.V., der uns im Rahmen des Projektes ‚Fahrradquartier Ellener Hof‘ zum Beispiel mit dem Betrieb eines Fahrradverleihs unterstützen wird – mit diesen und mehr Bremer Institutionen sind wir im Gespräch oder bereits verbunden. Denn unser erklärtes Ziel ist es, das Stiftungsdorf Ellener Hof als neues Quartier nicht einfach nur ‚aufzustellen‘, sondern es gemeinsam mit vielen weiteren Bürgerinnen und Bürgern sowie entsprechend ihrer Wünsche und Bedürfnisse auch mit Leben zu füllen", ergänzte André Vater, Vorstandsvorsitzender der Bremer Heimstiftung.

Sechste Bremer Integrationswoche

03.09.2018

Die 6. Bremer Integrationswoche wurde heute von Bürgermeister Dr. Carsten Sieling und Sozialsenatorin Anja Stahmann in der Oberen Rathauhalle in feierlichem Rahmen eröffnet. In mehr als 230 Veranstaltungen stellen über 100 Vereine, Verbände, Träger und Institutionen eine Woche lang ihre Arbeit vor, laden ein zum Kennenlernen und machen auf diese Weise die strukturellen Grundlagen gelingender Integration sichtbar.

Wie lässt sich ein friedliches Miteinander von Menschen unterschiedlicher Herkunft und Lebenserfahrungen realisieren? Wie kann Integration von Geflüchteten gelingen? Wie bekämpfen wir wirkungsvoll Rassismus? Diese sind die zentralen Fragen der diesjährigen Integrationswoche.

"Angesichts des aktuellen politischen Klimas, in



Edmond Ademie, der Minister für Diaspora der Republik Mazedonien (2.v.l.), nahm an der Eröffnung der 6. Integrationswoche in der Oberen Rathauhalle teil; genau wie Cornelius Neumann-Redlin (li.), dem Geschäftsführer der Unternehmerverbände im Land Bremen, die die Integrationswoche unterstützen © Senatspressestelle

dem Fremdenhass und Ausgrenzung wieder salonfähig zu werden drohen, stehen wir umso mehr in der Verantwortung, uns dem entgegenzustellen. Es ist unsere gemeinsame Aufgabe, uns für eine friedliche und weltoffene

Gesellschaft einzusetzen und den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft zu stärken", sagt Bürgermeister Carsten Sieling auf der Eröffnungsfeier. Er dankt allen, die mit ihrem Engagement entscheidend dazu beitragen, dass Bremen und Bremerhaven nach wie vor für ein menschenfreundliches Miteinander stehen.



Rund 250 Gäste waren ins Bremer Rathaus gekommen, um die Eröffnungsveranstaltung der Integrationswoche mit der Moderatorin Carolina Quesada mitzuerleben. © Senatspressestelle

Senatorin Stahmann fügt hinzu: "Alle Aktivitäten während der sechsten Integrationswoche sind Ausdruck der hohen Bereitschaft, das gesellschaftliche Miteinander in unserem Land aktiv zu gestalten. Integration ist kein einseitiger Prozess und hängt nicht nur vom sogenannten ‚Integrationswillen‘ der Zugewanderten ab. Integration braucht eine weltoffene Gesellschaft und ist damit eine Aufgabe, die uns alle betrifft: die Verwaltung und Behörden genauso wie Verbände, Unternehmen und die Zivilgesellschaft." Weiter betont sie: "Deutschland ist ein Einwanderungsland. Menschen kommen zu uns, um hier zu leben und zu arbeiten. Dabei kommt es auch zu Missverständnissen und Konflikten aufgrund unterschiedlicher Kulturen, verschiedener Lebensentwürfe und Werte. Hier

gilt es, sich ernsthaft auseinanderzusetzen – auch das bedeutet, Gesellschaft zu gestalten!" Dabei gelte es, sich gemeinsam gegen Diskriminierung, Rassismus, Abschottung und Ausgrenzung zu stellen. Abschließend hob die Senatorin hervor: "Wir wollen, dass alle Bremerinnen und Bremer gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Wir wollen, dass der Zugang zu Bildung und zu Arbeit, dass soziale Teilhabe und politische Mitgestaltung allen Menschen, die hier leben, gleichermaßen offenstehen."

Die Bremer Integrationswoche wird alle zwei Jahre veranstaltet und leistet einen wichtigen Beitrag zur Integration im Land Bremen, in dem sie Kommunikation und das Verständnis zwischen Deutschen und den unterschiedlichen Kulturen der Zuwanderer fördert. Die Veranstaltungen sind thematisch breit gefächert und reichen von grundsätzlichen bis zu ganz praktischen Fragen des Lebens, von kulturellen Veranstaltungen bis zum

gemeinsamen Kochen – mit Deutsch-Sprechen als "würzende Zutat".

Mit diesem breiten Angebot an verschiedenen Orten quer durch Bremen und Bremerhaven schafft die Integrationswoche eine zentrale Bühne für die Präsentation der vielen Angebote zur Integration. Themenschwerpunkte in diesem Jahr sind Sprache und Bildung, Wohnen und Teilhabe, Wirtschaft und Arbeit, Werte und Ethik, Kultur und Gesundheit sowie Rechtsstaat und Demokratie.

Alle Informationen zur Integrationswoche auch unter: www.bremerintegrationswoche.de

40 Jahre Berufsbildungswerk

31.08.2018

Seit 1978 werden im Berufsbildungswerk Bremen (BBW) junge Menschen mit Handicap ausgebildet und ihnen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht. Bürgermeister Dr. Carsten Sieling gratulierte dem BBW heute im Rahmen eines Festaktes zu diesem Jubiläum. Auch Bürgermeisterin und Finanzsenatorin Karoline Linnert und Ekkehart Siering, Staatsrat beim Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, waren unter den Gästen und gratulierten dem BBW. "Die Integration und Qualifizierung junger Menschen mit einem Handicap in bzw. für den Arbeitsmarkt ist einer der Grundbausteine der modernen Arbeitswelt Bremens. Das Berufsbildungswerk leistet hierzu einen wichtigen Beitrag. Ihre Arbeit ist von herausragender Bedeutung, ich danke Ihnen herzlich für Ihr Engagement", so Sieling.

Rund 5.000 Auszubildende haben seit der Gründung im Jahr 1978 im BBW ihren Abschluss erworben, aktuell werden dort etwa 560 Auszubildende gefördert. Das sind rund 10 Prozent aller Auszubildenden des Land Bremens. Damit ist das BBW der größte Ausbildungsbetrieb Bremens. Insgesamt 35 Berufe aus den Bereichen Wirtschaft, Verwaltung, Gastronomie, Handel, Technik und



40 Jahre Berufsbildungswerk: Bürgermeister Carsten Sieling, Torben Möller, Geschäftsführer BBW, Bürgermeisterin Karoline Linnert, Adolf Bauer, Präsident Sozialverband Deutschland e.V. und Staatsrat Ekkehart Siering (von re.) © BBW

Agrarwirtschaft stehen den jungen Menschen zur Wahl.

Rund 260 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind im BBW beschäftigt, Geschäftsführer ist seit 2015 Torben Möller. Das BBW verfügt außerdem über eine eigene Berufsschule, an der aktuell 23 Lehrerinnen und Lehrer unterrichten. Seit August 2018 gibt es auch in Bremerhaven eine Ausbildungsstätte des Berufsbildungswerks.

Weitere Informationen zum BBW:
www.bbw-bremen.de

**Sie möchten die Bürgermeister News abonnieren?
Hier geht es zum Anmeldeformular:**

https://www.rathaus.bremen.de/buergermeister_news_abonnieren-32752

Verantwortlich:
André Städler
Sprecher des Senats
Redaktion: Anja Raschdorf

Rathaus
Am Markt 21
28195 Bremen
Tel. (0421) 361 2396
E-Mail: buergermeister-news@sk.bremen.de